

Drucksachen-Nr.	396 / 2014
Einreicher:	Fraktion DIE LINKE.
Datum der Sitzung:	05.11.2014
beantwortet durch:	Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet.

Konsequenzen für Kommunen durch Freihandelsabkommen

Gegenwärtig laufen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP). Kritiker befürchten bei einem Abschluss dieses Abkommens negative Auswirkungen auf die Kommunale Selbstverwaltung bei den Bereichen kommunale Daseinsvorsorge, öffentliches Beschaffungswesen bzw. Rekommunalisierungen.

Vor diesem Hintergrund fragt die Fraktion DIE LINKE. den Oberbürgermeister:

Frage:

Teilt die Stadtspitze die oben genannten Befürchtungen und wie wird diese Position begründet?

Antwort:

Die Stadt Weimar beobachtet interessiert die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Die Befürchtungen, dass dieses Handelsabkommen Umweltstandards und demokratische Rechte zu Gunsten multinationaler Konzerne schwächt, scheinen nicht grundlos zu sein. Die nicht transparenten Verhandlungen hinter geschlossenen Türen und die fehlende Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppierungen an den Verhandlungen betrachtet die Stadt Weimar mit Sorge.

Grund dieser Sorge sind u.a. die möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens bis in die kommunalen Bereiche.

Städte und Gemeinden sind Grundlagen des demokratischen Staatsaufbaus. Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe. Eingriffe in die Rechte der Städte und Gemeinden sind nur durch Gesetze zulässig und sollen nicht durch bilaterale Abkommen eingeschränkt werden.

Städte und Gemeinden schaffen die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen. Hierzu sind auswärtige Investoren oder Konzerne keine Alternative.

Die Verwaltung der Städte und Gemeinden wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt und darf nicht durch transnationale Konzerne beeinflusst werden.